

ISSN 1430 - 6646
Verkaufspreis 2,30 €



- *Triumph für ÖDP-Volksbegehren
Nichtraucherschutz*
- *Interview mit Sebastian
Frankenberger*
- *„Klimaskeptiker“
inszenieren
Medienkampagne*

Das ÖDP-Journal
Nr. 147 August 2010

Ökologie *Politik*

- **Bildung und Bildungspolitik
Teil 1**



Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS)

15 Jahre Engagement für eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft

Das FÖS wurde 1994 als gemeinnütziger Verein – damals unter dem Namen „Förderverein Ökologische Steuerreform“ – gegründet. Seinerzeit lag der Schwerpunkt auf der Einführung einer Ökologischen Steuerreform in Deutschland, die 1999 erfolgreich umgesetzt wurde.

von Damian Ludewig

Im Laufe der Jahre wurden die Strukturen des FÖS deutlich professionalisiert und das FÖS entwickelte sich zu einer geachteten Stimme in der Debatte um marktwirtschaftliche Instrumente im Umweltschutz. Die Arbeit des FÖS erfolgte dabei stets überparteilich und unabhängig von anderen Verbänden und Interessengruppen.

Am 1. Juni 2008 wurde im Rahmen einer Mitgliederver-

sammlung Gölles (Vorsitzender), der Mitarbeiter des Bundesumweltministeriums Kai Schlegelmilch (stellv. Vorsitzender), der Unternehmensberater Florian Prange aus Hamburg (Schatzmeister), die Brüsseler Umweltjuristin Dr. Dörte Fouquet, die Verkehrsexpertin Helen Lückge von INFRAS aus Zürich und Bettina Meyer, die im schleswig-holsteinischen Umweltministerium arbeitet, an. Geschäftsführer ist seit gut zwei

geeignete Instrumente auf dem Entwicklungspfad zu einer innovativeren, naturschonenderen und zugleich wettbewerbsfähigeren Wirtschaftsordnung. Die aktuellen Diskussionen um

Jahr 2020 um 40 Prozent zu reduzieren. Das ist unerwartet und somit bemerkenswert, denn es geht über die Selbstverpflichtung der vorherigen, schwarz-roten Bundesregierung hinaus. Genauso bemerkenswert ist aber leider, dass auch über ein halbes Jahr nach dem Amtsantritt immer noch weitgehend unklar ist, wie dieses Ziel erreicht werden soll. Im Energiesektor steht im Herbst mit der Verabschiedung des Energiekonzepts eine wesentliche Entscheidung hierzu an. Die Bundesregierung ist aber noch eine weitere Verpflichtung eingegangen: Mit der Aufnahme der Schuldenbremse ins Grundgesetz zwingt sie sich ab dem kommenden Jahr zu einer substantiellen Reduzierung des Haushaltsdefizits. Bis zum Jahr 2016 muss die Neuverschuldung des Bundes

Das FÖS fordert die Einführung einer Ticket-Tax, um bestehende Wettbewerbsverzerrungen zwischen Bahn und Flugverkehr abzumildern.

sammlung eine Namensänderung beschlossen, um „den Vereinszweck und seine Ziele deutlicher im Vereinsnamen abzubilden“: FÖS steht seitdem für „Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft“. Als Antwort auf den wachsenden Einfluss Europas in der Umweltpolitik und um seine zahlreichen europäischen Kontakte zu intensivieren, gründete das FÖS im September des gleichen Jahres den europäischen Dachverband Green Budget Europe (GBE) in Brüssel. GBE ist eine europaweite Organisation, die den Einsatz ökonomischer Instrumente in der Umweltpolitik stärken möchte.

Im Jahr 2009 hat das FÖS dann auch geografisch die besondere Nähe zur Politik gesucht und die Geschäftsstelle von München in die Bundeshauptstadt Berlin verlegt. Dem ehrenamtlich arbeitenden Vorstand des FÖS gehören derzeit der Münchner Unternehmer Dr. An-

sammlung eine Namensänderung beschlossen, um „den Vereinszweck und seine Ziele deutlicher im Vereinsnamen abzubilden“: FÖS steht seitdem für „Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft“. Als Antwort auf den wachsenden Einfluss Europas in der Umweltpolitik und um seine zahlreichen europäischen Kontakte zu intensivieren, gründete das FÖS im September des gleichen Jahres den europäischen Dachverband Green Budget Europe (GBE) in Brüssel. GBE ist eine europaweite Organisation, die den Einsatz ökonomischer Instrumente in der Umweltpolitik stärken möchte.

Jahren der Diplomvolkswirt Damian Ludewig, der das Team von mittlerweile 10 Personen in der Geschäftsstelle koordiniert. Das FÖS trägt nun seit bereits über 15 Jahren durch die Erstellung von Studien und Konzepten, eine Vielzahl von Veranstaltungen im In- und Ausland und eine gezielte Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit zur gesellschaftlichen Diskussion der Ökologisch-Sozialen Steuer- und Finanzreform bei. Diese soll durch einen Mix verschiedener Instrumente und Anreize so ausgestaltet werden, dass sie wirksam zu Klimaschutz, Ressourceneinsparung, Verringerung des Raubbaus an der Natur und zum Schutz der Gesundheit der Bürger beiträgt. Die Fortführung einer pragmatisch konzipierten Ökologischen Finanzreform (ÖFR), die die ökologische Zukunftsfähigkeit ebenso nachhaltig verbessert wie die ökonomische Wettbewerbsfähigkeit, hält das FÖS für das best-



Josef Göppel (Adam-Smith-Preisträger 2010; MdB), Dr. Anselm Gölles (Vorsitzender der FÖS)

Klimawandel und Haushaltskonsolidierung bieten die Chance, hierbei nun einen zweiten großen Schritt nach der Einführung der Ökologischen Steuerreform 1999 voran zu kommen.

Schwarz-Gelb als Hoffnungsträger?

So hat sich die neue Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag klar zu dem Ziel bekannt, die CO₂-Emissionen bis zum

auf 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts begrenzt werden. Zurzeit entspricht das etwa 9 Milliarden Euro. Angesichts der Neuverschuldung im Jahr 2010 von 65 Milliarden Euro muss es zur Erreichung dieses Ziels in den nächsten Jahren zu deutlichen Ausgabenkürzungen oder Einnahmeerhöhungen kommen.

Anfang Juni beschloss das Bundeskabinett ein Sparpaket mit einem Volumen von insge-

samt 80 Mrd. Euro, verteilt auf vier Jahre. Inhalt dieses Pakets waren neben zahlreichen Kürzungen im Sozialbereich, die so nicht zu rechtfertigen sind, auch einige ökofiskalische Maßnahmen, deren Umsetzung das FÖS seit langem gefordert hat. So plant die Regierung eine Atomsteuer, eine Flugticketabgabe und den Abbau von Ausnahmen bei der Ökosteuern. Darüber hinaus plant das Bundeswirtschaftsministerium einen schnelleren Abbau der Kohlesubventionen und Verkehrsminister Ramsauer will die LKW-Maut ausweiten. Auch wenn die Maßnahmen in der bisher geplanten Ausgestaltung noch Mängel aufweisen, begrüßen wir diese Vorhaben grundsätzlich und werten sie auch als einen großen Erfolg unserer Arbeit. Doch bei verstärkter Verwendung ökofiskalischer oder sozialer Steuerelemente hätte auf Kürzungen im Sozialbereich komplett verzichtet werden können.

Konzept der FÖS

Allein die jährlichen umweltschädlichen Subventionen betragen in Deutschland nach Berechnungen des FÖS rund 34 Mrd. Euro. Das FÖS hat aktuell ein Konzept entwickelt nachdem mit einem Mix von Subventionsabbau und der Anhebung von ökologischen Lenkungssteuern die finanziellen Spielräume des Staates kurzfristig um rund 16 Mrd. Euro, mittelfristig um über 50 Mrd. Euro erweitert werden könnten. Kurzfristig sollte damit die Neuverschuldung reduziert, bzw. ein Beitrag zum Abbau der Staatsschulden geleistet werden. Mittelfristig könnten andere Steuern und Abgaben gesenkt, bzw. einzelne Ausgaben für den Ökologischen Umbau der Wirtschaft gestärkt werden.

Die Ansatzpunkte hierfür sind zahlreich. Allein 13 Einzelmaßnahmen umfasst das aktuelle Konzept des FÖS. So bevorzugen die bisherigen Regelungen der Dienst- und Firmenwagenbesteuerung diejenigen, die die teuersten Autos mit dem höchsten Spritverbrauch kaufen, diese am stärksten privat nutzen und die den höchsten Grenzsteuersatz bei der Einkommensteuer haben. Dem Staat entgehen so jährlich 9 Mrd. Euro an Einnahmen. Das ist finanziell schmerzhaft, aber

auch ökologisch hochproblematisch und darüber hinaus sozial ungerecht. Denn mittlerweile sind mehr als 60 Prozent aller Neuzulassungen Dienst- und Firmenwagen. Da diese vergleichsweise schnell wieder abgestoßen werden, dominieren sie auch den Gebrauchtwagenmarkt. So legt das Dienstwagenprivileg auch

Die Atomenergie verursacht hohe Folgekosten für die Allgemeinheit, die nicht von den Kraftwerksbetreibern selbst getragen werden.

fest, zwischen welchen Spritschluckern sich Nicht-Dienstwagenutzer beim Autokauf entscheiden dürfen – auch die mit geringem Einkommen. Der Staat unterstützt also durch eklatante Fehlanreize eine unökologische und unsoziale deutsche Fahrzeugflotte und gefährdet damit auch die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Automobilindustrie.

Besonders eklatant sind die Verzerrungen beim Flugverkehr, der als klimaschädlichster Verkehrssektor zahlreiche finanzielle Vorteile genießt. Selbst über den Emissionshandel wird er noch bevorzugt, da die Bahn ihre Zertifikate komplett ersteigern muss, während der Flugverkehr 85 Prozent der Zertifikate geschenkt bekommt. Das FÖS fordert daher die Einführung einer Ticket-Tax um bestehende Wettbewerbsverzerrungen zwischen Bahn und Flugverkehr abzumildern. Mit Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden verfügen alle wesentlichen Wettbewerber über eine solche Abgabe. Deutschland hingegen hat hier eine Steueranleihe geschaffen und setzt andere Staaten unter Druck ökologisch fortschrittliche Politik wieder abzuschaffen.

Auch die Atomenergie genießt zahlreiche finanzielle Vorteile, obwohl sie eine besonders riskante Form der Energieerzeugung ist. Ein Großteil der negativen Umweltauswirkungen anderer Energieträger wie Kohle und Gas wird im CO₂-Emissionshandel berücksichtigt. Die Atomenergie hingegen verursacht hohe Folgekosten für die Allgemeinheit, die nicht von den Kraftwerksbetreibern selbst getragen wer-

den. Im Gegenteil profitieren sie indirekt vom Emissionshandel und erlangen durch den Anstieg der Strompreise Zusatzgewinne in Milliardenhöhe. Mit der Einführung einer Steuer auf Kernbrennstoffe könnten Teile der Risiken und Kosten durch die Nutzung von Atomkraftwerken den Betreibern angelastet, die

leistungslosen Zusatzgewinne im Rahmen des Emissionshandels abgeschöpft und so wettbewerbliche Begünstigungen der Atomenergie abgebaut werden.

Allein durch die drei hier beschriebenen Einzelmaßnahmen könnte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble kurzfristig jährlich 6,8 Mrd. Euro, mittelfristig sogar rund 15 Mrd. Euro mehr einnehmen und damit nebenbei das Steuersystem ökologisieren. Heute finanziert sich der Staat überwiegend dadurch, dass er Arbeit finanziell belastet: über 60 Prozent des Staatsaufkommens kommen durch Steuern und Abgaben auf den Faktor Arbeit zu Stande. Steuern auf Umweltverbrauch tragen dagegen gerade einmal ungefähr fünf Prozent zu den Staatsfinanzen bei. Eine schrittweise Umschichtung der Steuer- und Abgabenlast wäre also nicht nur ein großer Schritt in Richtung Klimaschutz und Haushaltskonsolidierung sondern könnte darüber hinaus sogar Arbeitsplätze schaffen.

Damian Ludewig

Jahrgang 1980, ist Dipl.-Volkswirt und Geschäftsführer des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V. (FÖS).

Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft
Schwedenstraße 15a
13357 Berlin
Tel: 0 30 / 76 23 991-30
Fax: 0 30 / 76 23 991-59,
foes@foes.de

ÖkologiePolitik erscheint viermal im Jahr: Februar, Mai, August, November. Nichtmitglieder und neue Mitglieder können das Journal für 12,- Euro im Jahr abonnieren. Die Online-Ausgabe ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 1. September 2010.

Herausgeber

Ökologisch-Demokratische Partei
Sartoriusstr. 14
97072 Würzburg
Tel. 09 31/ 404 86-0
Fax 09 31/ 404 86-29
www.oedp.de

Verantwortliche Redakteure

Günther Hartmann (gh)
Caroline-Herschel-Straße 83
81829 München
Florence von Bodisco (fb)
Erich-Weiner-Straße 134
10409 Berlin

Mitarbeiter dieser Ausgabe

Ulrich Brehme
Petra Franek
Martin Kowarsch
Urban Mangold
Dr. Johannes Resch
Frank Senftleben

Gastautoren

Damian Ludewig
Fritz Reheis
Anselm Stieber

Interviewpartner

Sebastian Frankenberger

Karikaturen

Christiane Pfohlmann

Fotosatz und Anzeigenvertrieb

naturnah – Agentur und Verlag für Natur und Qualität
Inh.: Hans Amann
Brahmsstr. 25
93053 Regensburg
Tel. 09 41/ 46 52 17-60
Fax 09 41/ 46 52 17-79

Anschrift der Redaktion

ÖkologiePolitik,
Ökologisch-Demokratische Partei
Erich-Weiner-Straße 134
10409 Berlin
Tel. 0 30/ 49 85 40 50
florence.bodisco@oedp.de

Bankverbindung

VR-Bank Würzburg
BLZ 790 900 00
KtoNr. 74 080

Die Redaktion behält sich die Kürzung eingesandter Beiträge vor. Mit Namen gekennzeichnete Artikel sind nicht unbedingt Meinung der ödp oder der Redaktion.

ÖkologiePolitik wird auf 100% Recycling-Papier gedruckt.

Schauen Sie doch mal ins Internet!
Aktuelle Informationen zu

- Wirtschaft
- Familienpolitik
- Klimaschutz
- Demokratie

finden Sie unter:

www.oedp.de